NOVEMBER 2001 • NR. 11 • 56. JAHR € 10,00 • DM 19,56 • H 2728

INTERNATIONALE POLITIK

EUROPA ARCHIV

Das südliche Afrika

PETER P. WALLER
Afrikanische Renaissance

EBERHARD SCHULZ
Wirtschaftschancen

USCHI EID
Schuldenerlass

ULRICH VOGEL
AIDS

THERESE DELPECH
Terroristen: Liebe zum Tod

Abdriften ins Chaos?

Das südliche Afrika vor der Bewährungsprobe

von Klaus Freiherr von der Ropp

Bereits seit Mitte der neunziger Jahre stoßen die Entwicklungen in Südafrika und in seinen Anrainerstaaten in der Außenwelt kaum noch auf kontinuierliches Interesse. Besonders augenfällig ist dies in Deutschland: Bundesregierung und Opposition übergehen sie mit Schweigen. Mit Ausnahme Großbritanniens ist das in den übrigen Staaten der Europäischen Union wie auch in den Vereinigten Staaten nicht anders. Für die Briten hat die Region vor allem im Wirtschaftsbereich eine ungleich größere Bedeutung als für die übrige westliche Welt. Daher waren sie es, die, unterstützt von Washington, die Minderheitsregime in Simbabwe (1979/80), Namibia (1988/90) und dann, mittels einer bis auf den heutigen Tag kaum bekannten Geheimdiplomatie, auch in Südafrika (1989/94) stürzten und gewählte (schwarze) Mehrheitsregierungen an die Macht brachten.

So sehr verständlich es ist, dass sich die westliche Außen- und Sicherheitspolitik derzeit vorrangig mit dem „Krieg gegen den Terror" beschäftigt, so täte sie doch gut daran, sich auch mit der Frage zu befassen, welches die Folgen der von Staatspräsident Robert G. *Mugabe* angeordneten Politik der Zerstörung der simbabwischen Wirtschaft, der rechtsstaatlichen Ordnung wie auch der zunächst verbliebenen Elemente des demokratischen Systems[1] für das benachbarte Südafrika (und Namibia) sind.

Dr. Klaus Freiherr von der Ropp,
Southern African Consulting,
Potsdam.

Zwar wird die Regierung Namibias unter Staatspräsident Sam *Nujoma* einen solchen Kurs nicht einschlagen, obwohl sie zunehmend autoritär auftritt, und noch weniger die seit Mitte 1999 in Pretoria amtierende Regierung unter Thabo *Mbeki.* Dennoch darf nicht übersehen werden, dass viele seiner Parteigänger die „Revolution" *Mugabes* positiv sehen. Ferner ist sehr wohl vorstellbar, dass das millionenstarke südafrikanische „Lumpenproletariat" – es ist seit dem historischen Umbruch in Pretoria weiter verarmt und ständig gewachsen – das „Vorbild" Simbabwes nachahmen wird.

Vollkommen unerfindlich ist, weshalb sich offenbar niemand in Deutschland mit den Hintergründen der Ermordung von etwa 1200 weißen südafrikanischen Farmern – in Simbabwe waren „nur" sieben Opfer zu beklagen – beschäftigt. Natürlich kann es sich dabei um Fälle der heute überall in Südafrika grassierenden Gewaltkriminalität handeln. Es kann aber durchaus auch sein, dass schwarze Aktivisten auf diese Weise Farmer, ähnlich wie in Simbabwe, zur Aufgabe ihrer Betriebe zwingen wollen. Anders als in Simbabwe sind jedoch in Südafrika die weißen Farmer ein

nicht zu unterschätzender Machtfaktor, denn ihre Zahl ist gut zehn Mal so groß wie in Simbabwe. Sie sind jetzt wieder in paramilitärischen Kommandos organisiert und bis an die Zähne bewaffnet. Verbunden sind ihnen in der Ablehnung des demokratischen Südafrikas sehr viele jener Weißen, die nach ihrem Ausscheiden aus den Diensten der Polizei und der Streitkräfte in den heute überall in Südafrika anzutreffenden privaten Sicherheitsdiensten Schlüsselpositionen einnehmen. Deutsche und europäische Politik muss im Interesse einer Stabilisierung der neuen Kaprepublik bemüht sein, sie in die neue Ordnung einzubinden statt sie zu ignorieren. Dazu gehört aber vor allem, dass man diesen Weißen und ihren Kindern eine Perspektive für ihre Zukunft in Südafrika bietet.

Die zahlreichen Streiks können in Südafrika durchaus zu Hungermärschen eskalieren, die zur illegalen Besetzung von weißen Vorstädten sowie industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsstätten führen würden. Dann aber würden viele EU-Staaten mit dem Problem konfrontiert, ihre insgesamt über 1,4 Millionen Staatsbürger, darunter etwa 700 000 Briten, 500 000 Portugiesen und die ca. 80 000 in Südafrika und 20 000 in Namibia lebenden Deutschen, vor Anarchie und Chaos zu schützen. In diesem Zusammenhang sei in Erinnerung gerufen, dass während der Zuspitzung der Simbabwe-Krise im April 2000 und im Sommer 2001 Meldungen durchsickerten, wonach britische, portugiesische und deutsche Militärs Pläne zur Evakuierung der dort lebenden etwa 30 000 Bürger ihrer Staaten ausgearbeitet hätten. Es hat den Anschein, als seien diese Vorkehrungen derzeit nicht mehr akut, denn es gelang den Briten, unterstützt von Nigeria und Staaten im südlichen Afrika, Anfang September 2001 in Abuja/Nigeria die simbabwische Regierung zum Einlenken zu bewegen.[2] Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung *Mugabe* dieser Verpflichtung zur Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nachkommen wird.

Sollte dies nicht der Fall sein, müssten die EU-Ausländer über eine Entfernung von fast 10 000 km evakuiert werden. Die Regierungen Mosambiks, Südafrikas und Botsuanas haben bereits im April 2000 ihre Zustimmung gegeben, dafür ihre See- und Flughäfen nutzen zu dürfen. Besondere Bedeutung wird dann der ebenso riesigen wie mysteriösen Luftwaffenbasis zukommen, die die USA bereits in den achtziger Jahren in Molepolole, d.h. westlich von Gaborone/Botsuana und damit unweit der Grenze nach Südafrika, angelegt haben.

Deutsches Desinteresse?

Selbstverständlich hat Deutschland wie jeder andere Staat zugunsten seiner in Drittländern, mithin auch in Südafrika und Namibia, in existenzielle Not geratenen Bürger Evakuierungspläne. Genauso selbstverständlich ist, dass sie nicht Gegenstand öffentlicher Diskussionen sind. Unverständlich ist jedoch, dass kaum jemals die Frage aufgeworfen wird,[3] wie das demokratische System vor allem in

Südafrika stabilisiert werden kann, so dass diese Pläne gar nicht erst aus der Schublade geholt werden müssen. In Deutschland verwundert dieses Schweigen umso mehr, als nur hier in der Zeit des Kampfes gegen die Apartheid zwei führende Politiker – wenn auch vergeblich – den Mut hatten, in der Öffentlichkeit Verhandlungen mit der damals in Südafrika noch verbotenen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) zu fordern, jedoch entgegen der Forderung des ANC („Ein Mensch, eine Stimme") für das neue Südafrika eine politische Ordnung sui generis propagierten:

So redete der seinerzeitige Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon *Bahr,* im Interesse der Stabilität des neuen Südafrikas einem „bislang unbekannten Modell des gleichberechtigten Miteinanders mit besonderem Schutz für Minderheiten" das Wort. Daran anknüpfend forderte der damalige Bundesvorsitzende der FDP und Präsident der Liberalen Internationale, Otto Graf *Lambsdorff,* die machtpolitische Absicherung des Existenzrechts der weißen Minderheiten im demokratischen Südafrika.[4] Diesen Thesen ist heute nichts hinzuzufügen; sie sind berechtigter denn je zuvor.

In allen westlichen Hauptstädten ist in Erinnerung, dass sich die Briten bei der Einleitung der Transformationsprozesse in Namibia und dann in Südafrika zunächst der Unterstützung der USA versicherten, dann jedoch alle ihre EU-Partner, an deren Sachkunde sie Zweifel hatten, übergingen. So wird verständlich, dass heute die übrigen Westeuropäer und die Nordamerikaner auf eine eigene Politik im südlichen Afrika verzichtet haben und den Briten freie Hand lassen. Großbritannien wird, wie kürzlich bei der Behandlung der Krise in Simbabwe in Abuja, auch seine Südafrika- und Namibia-Politik nur noch mit seinen afrikanischen Commonwealth-Partnern, darunter vor allem Nigeria, abstimmen.

Zuversicht ohne Basis?

Im Westen ist die Südafrika- und Namibia-Diskussion überwiegend in den Jahren 1994/95 stehen geblieben. Es wird kaum zur Kenntnis genommen, dass die weißen Afrikaner in Südafrika und Namibia ihren schwarzen Landsleuten weitgehend ruinierte Länder überantwortet haben. Als im Mai 1994 nach demokratischen Wahlen und auf der Grundlage einer vorbildlich demokratischen Verfassung Nelson *Mandela* von dem letzten weißafrikanischen Staatspräsidenten Frederik Willem *de Klerk* die Regierungsgeschäfte übernahm, war weltweit die Euphorie noch größer als 1980, als *Mugabe* sich anschickte, nach einem fünfzehnjährigen Befreiungskrieg den rassistischen Siedlerstaat Südrhodesien in das an den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und rassischer Toleranz orientierte, unabhängige Simbabwe umzuformen. Um wie viel schwieriger war die Aufgabe *Mandelas* und seiner aus dem ANC, der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) und des Dachverbands der Gewerkschaften, des Congress of South African

Trade Unions (Cosatu), gebildeten „Allianz"-Regierung.

In der Folgezeit erwies es sich als ein fataler Fehler, dass *Mandela* in sein Kabinett nicht führende Vertreter der Afrikaaner („Buren"), etwa den sozialliberalen Dissidenten Frederick *van Zyl Slabbert* und den nur moderat konservativen früheren General Constand L. *Viljoen,* sowie einen eher konservativen Vertreter der englischsprachigen Geschäftswelt aufgenommen hatte. So hätte er dem neuen Südafrika eine deutlich größere Chance auf Stabilität gegeben. Heute ist London bemüht, diesen Fehler mit katastrophalen Folgen durch entsprechende Beratung der Regierung *Mbeki* zu korrigieren; es bleibt indes abzuwarten, ob den Briten dies gelingt.

Wer heute nach Südafrika kommt, der verspürt sofort die riesige Kluft zwischen den nicht selten politisch korrekten oder naiven Hoffnungen der Jahre 1994/95 und der jetzigen Realität. So begegnen ihm überall die schwach gewordene staatliche Verwaltung, der Niedergang bedeutender Sektoren der Volkswirtschaft in dem einzigen afrikanischen Schwellenland, die bereits seit Jahrzehnten bedrohlich hohe und dennoch kontinuierlich wachsende (strukturelle) Arbeitslosigkeit, eine überbordende, nicht selten blutrünstige Gewaltkriminalität, wie auch die Katastrophe der AIDS-Pandemie.[5]

Keine gewachsene Demokratie

Kaum ein Ausländer und kaum ein weißer Südafrikaner wagt die Frage nach der Demokratiefähigkeit des heutigen Südafrikas zu stellen. Südafrika (und ebenso Namibia) haben aber keine rechtsstaatliche und demokratische Tradition. Und noch immer wagt kaum jemand, mit dem Heidelberger Politikwissenschaftler Klaus *von Beyme* festzustellen, Demokratie sei (weltweit) nicht gegeben, sondern aufgegeben. Es ist unverändert eine Binsenwahrheit, die die in den Jahren des Umbruchs in der Südafrika-Berichterstattung überragende (amerikanische) Journalistin Patti *Waldmeir* in die Worte fasste, „Demokratische Artigkeiten müssen gegenüber der alles beherrschenden Notwendigkeit, Stabilität zurückzugewinnen, hintanstehen."[6] Unverändert ist daher ein ganz massiver Minderheitenschutz zugunsten der weißen Minderheiten erforderlich. Sollten sie weiter marginalisiert werden, so ist die weitere Destabilisierung Südafrikas von innen heraus absolut sicher. Denn es waren und sind, letzteres allerdings mit großen Abstrichen, die Afrikaaner, die die staatliche Verwaltung, und die „Engländer", die die teils hoch entwickelte Wirtschaft dominieren. Ausgebildete und berufserfahrene schwarze Nachfolger stehen für sie in der Regel noch nicht bereit. Das Land leidet bis auf den heutigen Tag daran, dass, anders als in Simbabwe, den Schwarzen mit der so genannten Bantu Education über Jahrzehnte nur eine höchst minderwertige Ausbildung zuteil wurde.

Bislang sieht die demokratische Regierung Südafrikas das jedoch anders. Insbesondere in der staatlichen Verwaltung sind sehr viele Führungspositionen mit kaum qualifizierten

Schwarzafrikanern besetzt worden. Diese Politik der „affirmative action" hat in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu noch mehr Ineffizienz und Korruption geführt. Fatal ist das vor allem bei der Polizei, den Organen der Strafverfolgung und des Strafvollzugs. Kaum weniger gravierend sind die Konsequenzen für das Zollwesen, die Streitkräfte und die Grenzkontrollen. So konnten Millionen von Flüchtlingen und Kriminelle aus Nachbarstaaten – bekannt wurden hier vor allem nigerianische und kongolesische Drogenhändler – in der Regel illegal einwandern. Die Folge ist, dass seit dem historischen Umbruch Hunderttausende von überwiegend weißen Fachkräften aller Disziplinen das Land verlassen haben.

Außer der mangelnden Sicherheit vor Kriminalität ist es vor allem die eigene berufliche Perspektivlosigkeit und erst recht die ihrer Kinder, die selbst ältere Menschen diesen Schritt tun lässt. Die Angst, Südafrika werde dem „Vorbild" Simbabwes folgen, lässt derzeit den Strom der Auswanderer anschwellen. Parallel dazu verlässt sehr viel Kapital, ob nun legal oder illegal, das Land. Und das, obwohl die Regierung in Pretoria zur Schaffung der dringend benötigten neuen Arbeitsplätze – derzeit gehen pro Jahr vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau etwa 100 000 Arbeitsplätze verloren – im großen Stil private in- und ausländische Investitionen benötigt. Seit aber *Mugabe* Simbabwe ins Chaos geführt hat, folgen immer mehr potenzielle Investoren einer These von David *Roche,* dem Chefstrategen von „Independent Strategy/Global Investment Consultants" (London), wonach infolge der niedrigen inländischen Sparquote „von allen aufstrebenden Märkten Südafrika den größten Bedarf an ausländischem Kapital und das geringste Potenzial, es anzuziehen, hat".[7] Die Folge von alledem ist, dass die Arbeitslosigkeit ihr derzeitiges Niveau von 40 oder sogar 50 Prozent überschreiten wird.

Rückgewinnung innerer Stabilität?

Nur ein sehr starker Staat – Südafrika ist heute das genaue Gegenteil – wäre in der Lage, den Wiederaufbau der Kaprepublik zu bewerkstelligen. So wird hinter vorgehaltener Hand außer in Großbritannien auch in Südafrika gefragt, ob eine so perfekte demokratische Verfassung wirklich die angemessene staatliche Basis ist, um die gewaltigen Probleme seiner Transformation zu meistern. Zumindest in britischen Regierungskreisen wird daher vermehrt die Frage aufgeworfen, ob den Südafrikanern zu raten ist, ihre Verfassung im Sinn der Grundordnungen der gleichfalls fragilen Republiken Bosnien und Mazedonien (sowie künftig Kosovos) fortzuentwickeln. Gedacht wird also an ein System institutionalisierter Machtteilung (ständige Große Koalition) wie auch der Selbstbestimmung zugunsten ethnischer Minderheiten, ob nun auf territorialer Basis oder nicht.

Es wird oft übersehen, dass London und Washington nach der Kapitulati-

on des in den Verfassungsverhandlungen mit dem ANC völlig überforderten *de Klerk* Ende 1993 konservative Afrikaaner unter Führung des früheren Generals *Viljoen* mit der Spitze des ANC zusammenführten. Sie verhandelten erfolgreich über die verfassungsmäßige Verankerung des Selbstbestimmungsrechts der Afrikaaner (wie auch anderer ethnischer Minderheiten). Das entsprechende Abkommen wurde später mit Art. 235 in die Verfassung des demokratischen Südafrikas aufgenommen; seine Realisierung scheiterte dann allerdings an der politischen Unerfahrenheit *Viljoens.* Dieser, ein eben nur moderat konservativer Mann, war nämlich nicht in der Lage, seine untereinander zerstrittenen Gefolgsleute zu einigen. Ferner machte er den schwer nachzuvollziehenden Fehler, die ihm ergebenen Streitkräfte zu demobilisieren,[8] bevor das Abkommen in die Tat umgesetzt worden war.

Mangels jeder anderen Option werden die Briten, unterstützt vor allem von dem südafrikaerfahrenen nigerianischen Staatspräsidenten Olusegun *Obasanjo,* diesen Faden wieder aufgreifen. Sie werden ferner ihre Bemühungen intensivieren, *Mbeki* von der Notwendigkeit zu überzeugen, repräsentative, dass heißt konservative Persönlichkeiten aus beiden weißen Minderheiten, in sein Kabinett zu nehmen und ihnen Schlüsselressorts zu übertragen. London und seine afrikanischen Mitstreiter werden damit letztlich Erfolg haben, denn die Alternative ist längerfristig der Untergang Südafrikas wie auch seiner Nachbarn, darunter nicht zuletzt des von der Kaprepublik wirtschaftlich vollständig abhängigen Namibias.

Ein Untergang des südlichen Afrikas würde äußerst negative Auswirkungen auf den gesamten Kontinent südlich der Sahara haben.

Anmerkungen

1 Vgl. Martin *Pabst,* Simbabwe at the Crossroads, in: The South African Institute of International Affairs (Hrsg.), Country Report Nr. 3, 2001, S. 1–37. Vgl. ferner Andreas *Eckert,* Mugabes Endspiel. Simbabwe brennt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 25.8.2001.

2 Vgl. Mary *Dejevsky,* London played pivotal role in Africa's solution, to Zimbabwe's troubles, in: *The Independent,* 8.9.2001, S. 7.

3 Vgl. allerdings *von der Ropp,* Der Süden Afrikas – eine sicherheitspolitische Herausforderung für Europa?, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift,* Bd. 38, Nr. 1, S. 39–44.

4 Vgl. Egon *Bahrs* Interview mit dem *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt,* 10.7.1977, S. 8, sowie Otto Graf *Lambsdorff,* Auf dem Wege zu einem Post-Apartheid Südafrika, in: Südafrikanische Botschaft (Hrsg.), *RSA 2000,* 5/1993, S. 3–4 bzw. 6/1993, S. 3.

5 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ulrich *Vogel,* S. 37–42.

6 Vgl. *Financial Times,* 10.9.1993, S. 3.

7 South Africa's Capital Crisis, in: *Wall Street Journal Europe,* 9.9.1998, S. 10, sowie Garth *le Pere,* A Stable and Prosperous Region? Scenarios on the Future of Southern Africa, in: Africa Institute (Hrsg.), *Africa Insight,* Bd. 30, 1/2000, S. 58–62.

8 Vgl. Max *du Preez,* Finger on the trigger of war, in: *Sunday Independent* (Johannesburg), 25.3.2001, S. 5.